



Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses

14. Sitzung (öffentlich)

8. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Ulrich Hahnen (SPD)

Ergebnisprotokoll: Frank Schlichting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/3800

in Verbindung damit

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013)

Es wird über den Personaletat 2014 sowie den die personalrelevanten Teile des Nachtragshaushaltsgesetzes 2013 zu den Bereichen Haushaltsgesetz (Text), Einzelplan 02 (Ministerpräsidentin), Einzelplan 13 (Landesrechnungshof), Einzelplan 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) sowie Einzelplan 01 (Landtag) diskutiert.

Zu den behandelten Einzelplänen liegen die Vermerke des Gutachterdienstes Finanzen zur Sitzung vor. Der Vorsitzende dankt dem Gutachterdienst für die Unterstützung.

In der Sitzung wird eine Frage zur Entwicklung der Personalausgaben in der Landesvertretung in Brüssel unter Hinweis auf die sogenannte „Botschaftstabelle“ und einen zu leistenden Kaufkraftausgleich in Höhe von 5 % beantwortet.

Die übrigen Einzelpläne sollen nach Vereinbarung des Unterausschusses erst in der Unterausschusssitzung am 19. November 2013 beraten werden.

Die in der Sitzung des Unterausschusses Personal am 08.10.2013 erfolgte Bitte von **Ralf Witzel FDP**, eine in der Diskussion erwähnte Übersicht über die Stellen-Ist-Besetzung der im Haushaltsplan veranschlagten Planstellen und Stellen zur Verfügung zu stellen, wurde am 17. Oktober 2013 erfüllt und wird hiermit dem Protokoll beigelegt (eine derartige Übersicht zum Stichtag 31.12.2012 war dem Landtag und auch dem UA „Personal“ bereits mit der Vorlage des Finanzministeriums 16/1058 „Entwicklung der Personalausgabenbudgetierung (PAB) in der Landesverwaltung NRW - Bericht an den Landtag gemäß §§ 6 Abs. 12 und 7 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2012“ vom 25.07.2013 als Anlage 2 übersandt worden):

„Soweit in die Übersicht personalstarke Bereiche nicht Eingang gefunden haben, weil sie aufgrund ihrer Gesamtausgabenbudgetierung an der Personalausgabenbudgetierung nicht teilnehmen, wird die Übersicht ebenfalls zum Stichtag 31.12.2012 um die nachfolgenden Angaben ergänzt:

Kapitel Bezeichnung Stellensoll	Ist-Besetzung in Stellenäquivalenten		
	2012	absolut	in %
03 110 <i>Polizei</i>	45.530	44.855	98,5
03 610 <i>Landesbetrieb IT.NRW</i>	1.720	1.704	99,1
04 410 <i>Justizvollzugseinrichtungen</i>	8.547	8.156	95,4
09 150 <i>Landesbetrieb Straßen NRW</i>	5.856	5.613	95,9
10 260 <i>Landesforstverwaltung</i>	999	994	99,5
10 400 <i>LANUV</i>	1.069	1.041	97,4
12 050 <i>OFD und Finanzämter</i>	24.238	23.663	97,6
12 200 <i>LBV</i>	871	856	98,3
12 700 <i>BLB NRW</i>	1.854	1.798	97,0

Die Stellen-Ist-Besetzung dieser Bereiche liegt dabei im Durchschnitt mit 97,8 % auf dem Niveau der personalausgabenbudgetierten Bereiche (97,9 %).“

2 Einstellungszusagen für 2014 an Bewerber/innen für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“

Vorlage 16/1186

Der Unterausschuss diskutiert auf Grundlage der Vorlage 16/1186. Nachfragen werden beantwortet.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN votiert der Unterausschuss „Personal“ einstimmig – bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN – für eine Einwilligung des HFA zu den Einstellungszusagen im Vorgriff auf das noch zu beschließende Haushaltsgesetz 2014.

3 Bericht der Landesregierung zur Erhebung des Krankenstandes in der Landesverwaltung im Jahr 2012

Vorlage 16/1178

in Verbindung damit

Fehlzeiten in den Ministerien nach Ressorts

Vorlage 16/1188

Der Unterausschuss diskutiert über die eingegangenen Vorlagen 16/1178 und 16/1188. Nachfragen werden beantwortet.

4 Stand der Widerspruchsverfahren/Musterklagen gegen die Beamtensoldung, insbesondere Stellungnahme zu den aktuellen Widerspruchszahlen und der Rechtswirkung der Ankündigung des Finanzministers, auf die Einrede der Verjährung verzichten zu wollen

Der **Vorsitzende** weist auf die nach der letzten Sitzung verteilte Vorlage 16/1234, Schreiben des FM an DBB und DGB, hin.